

Protokoll KoKreis-Treffen vom 28.05.2013

Anwesend: Albrecht, Carolin (Protokoll), Georg, Sigi, Tomas, Ullrich

Tagesordnung:

1. Bericht Anti-Nazi-Demo 25.6.
2. Veranstaltung „Grundeinkommen – Pro und Contra“
3. Strategiepapier von Georg (siehe Anlage)
4. Schreiben an die SPD-Fraktion
5. Termine

1. Anti-Nazi-Demo

Kundgebung der Nazis am Samstag in Karlsruhe erfolgreich verhindert. Polizei hat DemonstrantInnen aufgefordert, den Platz zu räumen, ist aber nicht „handgreiflich“ geworden. Alles friedlich. Mitglieder des Attac-KoKreises und der Attac-AGn zahlreich vertreten – leider aber wieder ohne Fahnen! Dran denken! Jeder hat hoffentlich eine zu Hause im Schrank.

2. Veranstaltung „Grundeinkommen – Pro und Contra“

Mit Werner Rätz (Attac-AG Genug für Alle) und Ralf Krämer (Verdi) am 18.6. im Jubez. Lissi moderiert. KoKreis finanziert Fahrtkosten und Honorar für Werner Rätz sowie Saaltechnik (insgesamt ca. 550€). **Georg** fragt bei Verdi Mittelbaden-Nordschwarzwald an, ob sie sich an den Kosten beteiligen, da Verdi als Mit-Veranstalter auftritt. **Ulli** schickt einen Bericht über ein Dorf in Namibia, in dem ein bed. Grundeinkommen realisiert worden ist, über die KoKreis-Liste. **Carolin** verschickt Info über den Presseverteiler.

3. Strategiepapier von Georg (siehe Anhang)

Der KoKreis diskutiert lange und ausführlich über das Papier. Diskussion noch nicht abgeschlossen. Einigkeit besteht in folgenden Punkten:

- Thema „Umverteilen“ hat großen Stellenwert für uns, wir müssen da dran bleiben (AG-übergreifend)
- Andere Themen dürfen nicht ausgeblendet werden
- Wir müssen (weiter) massiv Aufklärung betreiben (Veranstaltungen, Materialien, Info-Verteiler...)
- Machen Petitionen überhaupt Sinn? – geteilte Meinungen
- Starke Bündnispartner erforderlich – Kontakte zum BVG ausbauen, Gewerkschaften
- Bedrohlicher Demokratieabbau - wir müssen Legitimitätsdruck erhöhen

4. Schreiben an die SPD-Fraktion

Unser Schreiben an den OB – mit der Aufforderung, Karlsruhe möge als weitere Stadt das Bündnis zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer unterstützen (München!) – wurde im Gemeinderat diskutiert. Linke und Grüne haben unsere Forderung als Antrag eingebracht. Mentrup hat Ablehnung empfohlen. Auch die SPD-Fraktion hat Antrag abgelehnt. Wir formulieren unsere Enttäuschung in einem kurzen Antwort schreiben (**Georg**).

5. Termine

Mahnwache anlässlich des Kongresses „Nicht-letale Waffen“ – Montag, 3. Juni ab 17 Uhr vor der Stadthalle Ettlingen

„Im Namen Christi die Waffen aus der Hand!“ – Vortrag von Prof. Fink am Donnerstag, 6. Juni um 19 Uhr in der Scheune der Diakonie, Ettlingen

Nächster KoKreis – Dienstag, 25. Juni, 18 Uhr bei Albrecht Kappis, Bismarckstraße 13

Anlage:

Attac-Karlsruhe Strategiepapier Mai 2013

Alle Umfragen zeigen, dass in der Bevölkerung ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit der wachsenden Ungerechtigkeit und dem Zustand der Demokratie besteht. Die Zuversicht, mit Wahlen die Politik beeinflussen zu können, schwindet – zu Recht. Eine Änderung der Verhältnisse ist so mühselig und schier aussichtslos, weil sie gegen einen mächtigen Block angehen muss: Den Block der wirtschaftlichen Interessen einer Elite, aus dem auch die politische Macht erwächst.

Alle Aktivitäten gegen die Machenschaften dieser neoliberal orientierten Elite – Aufklärung, Demos, Aktionstage – haben ihre Berechtigung, aber nur eine begrenzte Reichweite. Es gibt immerhin Hinweise dafür, dass sie dazu beitragen, den Legitimationsdruck auf die politische Parteien und auf die Regierung zu erhöhen, sich zu gerechteren Verhältnissen zu bekennen: aktuell etwa bezüglich Steueroasen, Steuervermeidung der Konzerne, Steuerhinterziehung etc., denn dies ist so eklatant gegen Gesetz und Gerechtigkeit, dass das Murren im Land lauter wird und die politisch-wirtschaftliche Elite nicht umhin kommt, Zugeständnisse zu machen.

Die Opfer der Ungerechtigkeit sind zahlreich, ihre Macht ist aber gering, zumal sie in jeder Hinsicht schikaniert, an den Rand gedrängt und zum unverwertbaren Humankapital erklärt werden. Umso mehr wächst die Verantwortung derjenigen, die keine Opfer sind, aber auch nicht zu Tätern werden wollen.

Hauptprobleme, die der neoliberal-kapitalistische Kurs schafft, sind einerseits die wachsende Ungleichheit von Besitz und Macht: Während weltweit die Armut und Spaltung zunehmen, das Leben vieler Menschen zerstört wird durch die skrupellosen Machenschaften von Banken, Konzernen und Spekulanten (was durch die Politik erst ermöglicht und begünstigt wurde), wird von einer winzigen extremistischen Minderheit ein öbszöner Reichtum angehäuft. Andererseits wird Reichtum in politische Macht umgemünzt, die die Verhältnisse mit aller Gewalt aufrechterhält. Dabei gehen Demokratie und Menschlichkeit immer mehr zugrunde.

Eingespielte Methoden des Machterhalts sind massive Beeinflussung der Bevölkerung durch eine Meinungsindustrie, die den Eliten die Deutungshoheit sichert: Über entscheidende Hintergründe der Interessen und ihrer Durchsetzung darf die Bevölkerung nichts erfahren. Das ist bei der Bankenrettung genauso wie bei der Militär- und Atompolitik, bei S 21 genauso zu beobachten wie beim Umbau Europas zu einer „marktkonformen Demokratie“.

Eine Änderung kann nur von kritischen demokratischen Kräften von unten erzwungen werden. Freiwillig wird die Elite weder auf Macht noch auf Besitz verzichten. Die Zielrichtung ist einerseits gesellschaftliche Gleichheit zur Sicherung von Demokratie und Sozialstaat, andererseits Aufklärung und das Erzwingen von Informationsfreiheit.

In diesem Sinne könnte Attac Karlsruhe in Zusammenarbeit mit anderen aktiven Gruppen Schwerpunktthemen erarbeiten und Projekte initiieren, die über punktuelle Aktionen hinausreichen. Einige Vorschläge dazu:

- Kampagne für ein 1:12-Maximaleinkommen: Hohe Einkommen dürfen maximal das Zwölfwache der niedrigsten betragen. In der Schweiz laufen derzeit Aktivitäten für eine Abstimmung darüber (<http://www.taz.de/!116682/>)
- Gestzliche Verpflichtung zur Verringerung der gesellschaftlichen Ungleichheit: Der Gini-Koeffizient als statistisches Maß der Ungleichheit darf einen bestimmten Wert nicht überschreiten. Dadurch werden also nicht Einzelmaßnahmen, sondern ein notwendiges Ergebnis der Politik vorgegeben.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/notenbankbericht-daten-ueber-reichtum-erst-nach-zypern-rettung-12110625.html>

- Initiative für ein Informationsfreiheitsgesetz, das einerseits Zugriff auf alle die Bevölkerung betreffenden Beschlüsse ermöglicht und andererseits das Verschweigen oder Unterdrücken von solchen Informationen unter Strafe stellt. Vgl. dazu etwa den Beitrag von Harald Schumann zur Frage „Wer profitiert von der Bankenrettung“ oder die Aktivitäten von „business crime control“ (<http://www.wirtschaftsverbrechen.de/>).
- Erarbeitung einer Klage wegen Kindeswohlgefährdung durch staatliche Maßnahmen; Beiträge dazu können durch WissenschaftlerInnen geliefert werden.
- Initiative für die gesetzliche Sicherung des Gemeinwohls gegenüber der vorrangigen Begünstigung der Märkte, wie sie auch durch den EGH praktiziert wird. Als wichtiger Zeuge dafür können u.a der ehemalige Bundesrichter S. Broß oder der Autor des folgenden Beitrages aussagen.
http://www.pruf.de/fileadmin/redaktion/Oeffentliche_Medien/PRuF/MIP/MIP_2013.pdf

Georg Rammer